

Pressemitteilung

Nach eindeutigen politischen Beschlüssen in Mainz und Wiesbaden fordert KeKoWi: KMW-Aktionäre müssen ihren Vorstand endlich in die Pflicht nehmen

Wiesbaden, 20.03.2008. „Das war eine kohl-rabenschwarze Woche für den Vorstand der KMW“, resümiert Meinrad v. Engelberg, Sprecher der B.I. KeKoWi, „aber eine hoffnungsvolle für die umweltbewussten Bürger der Region und deren Folgegenerationen.“

Erst erweist eine wissenschaftlich fundierte Umfrage des renommierten SoKo-Instituts Bielefeld, an deren Repräsentativität noch nicht einmal die KMW öffentlich gezweifelt hat, dass 83% der Befragten in Mainz und Wiesbaden das geplante Kohlekraftwerk ablehnen.

Wenige Tage später ist die Mainzer CDU-Kreisvorsitzende Andrea Litzenburger mit der Neuigkeit in die Öffentlichkeit gegangen, dass sehr wohl rentable und langfristige Lieferverträge für das bestehende Gaskraftwerk zu bekommen wären, wenn man sich nur richtig darum bemüht hätte. Kein Wunder, dass die Partei mit dem C im Namen sich daraufhin einstimmig gegen das geplante Kohlekraftwerk entscheidet, hatten doch schon Vertreter beider christlicher Kirchen in der letzten Woche ihre eindeutige Ablehnung eines Projektes bekundet, dass der „Bewahrung der Schöpfung“ zuwider läuft.

Die SPD Mainz sollte nun gut überlegen, ob sie weiter als „letzter Mohikaner“ an der Seite der KMW gegen die Bevölkerungs- und Parlamentsmehrheit sowie gegen die Beschlüsse ihres eigenen Bundesparteitags tapfer, aber sinnlos in der Isolation verharrt. Immerhin ist sie keine Industriellen-, sondern eine Volkspartei.

Dann zeigte der offene Brief von inzwischen 30 unterzeichnenden BWL-Professoren und Experten aus der Privatwirtschaft, dass von ökonomisch versierter, unabhängiger Seite größte Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projektes angemeldet werden. Engelberg: „Die KMW hat ihre längst überholten Rentabilitätsberechnungen bis heute nicht berichtigt. Wir fordern sie auf, durch ein aktualisiertes, unabhängiges Gutachten endlich ihrer Verpflichtung auf klare, wahre und belastbare Information ihrer Aktionäre nachzukommen. Das dürfte der Glaubwürdigkeit des Unternehmens bei weitem dienlicher sein als eine neue Propagandaoffensive, die ja indirekt von den Stromkunden bezahlt werden muss.“

„Für uns als Wiesbadener am wichtigsten“, so v. Engelberg weiter, „war natürlich der nahezu geschlossene, parteiübergreifende Ablehnungsbeschluss unseres Stadtparlaments. Jetzt ist es wichtig, dass es nicht beim Bekenntnis bleibt, sondern alle praktischen Mittel ausgeschöpft werden, die KMW zum Respekt gegenüber der Meinung ihrer Aktionäre zu bewegen.“

Dank der verschachtelten Eigentumsverhältnisse über ESWE und KMW sei es sicher schwierig, direkten Einfluss auf das Unternehmen auszuüben, und die Unabhängigkeit des Aufsichtsratsmandates müsse natürlich gewahrt bleiben. „Andererseits ist jedes Mitglied dieses Gremiums verpflichtet, Schaden vom Unternehmen KMW abzuwenden. Sollten bei einem weiteren starren Festhalten an den Kohleplänen und einem schließlich unvermeidlichen Rücktritt von der Siemens-Kaufoption tatsächlich irgendwann Strafzahlungen von bis zu 100 Mio. € drohen, wie Gerüchte melden, muss man sich fragen, ob dieser Vorstand nicht leichtfertig Risiken eingegangen ist, die ein pflichtbewusster Aufsichtsrat hätte verhindern müssen. Immerhin liegt noch keinerlei Genehmigung für das Kraftwerk vor – wie kann man da finanziell bindende Zusagen unterschreiben?“

KeKoWi fordert die Hauptaktionäre der KMW, also die Städte Mainz und Wiesbaden als Eigentümer ihrer Versorgungsbetriebe, auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, nach § 122 Aktiengesetz AktG eine außerordentliche Hauptversammlung der KMW AG einzuberufen und dort einen Antrag auf Stornierung der Kohlekraftwerksplanungen zu stellen, und im Falle der Weigerung dem Vorstand die Entlastung zu verweigern.

Engelberg abschließend: „Die Politik muss beweisen, dass sie noch handeln kann, und sich nicht machtlos in den selbstgeschaffenen Konstruktionen aus Aktienrecht und Eigenbetrieben verfangen hat. Der Vorstand der KMW kann und darf nicht die letzte Instanz in Fragen öffentlicher Belange sein.“